



UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

BEBAUUNGSPLAN „BEIM BAHNBETRIEBSWERK“ M 1:500

TÜBINGEN, DEN 5. APRIL 1983
BÜRGERMEISTERAMT

IV.

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

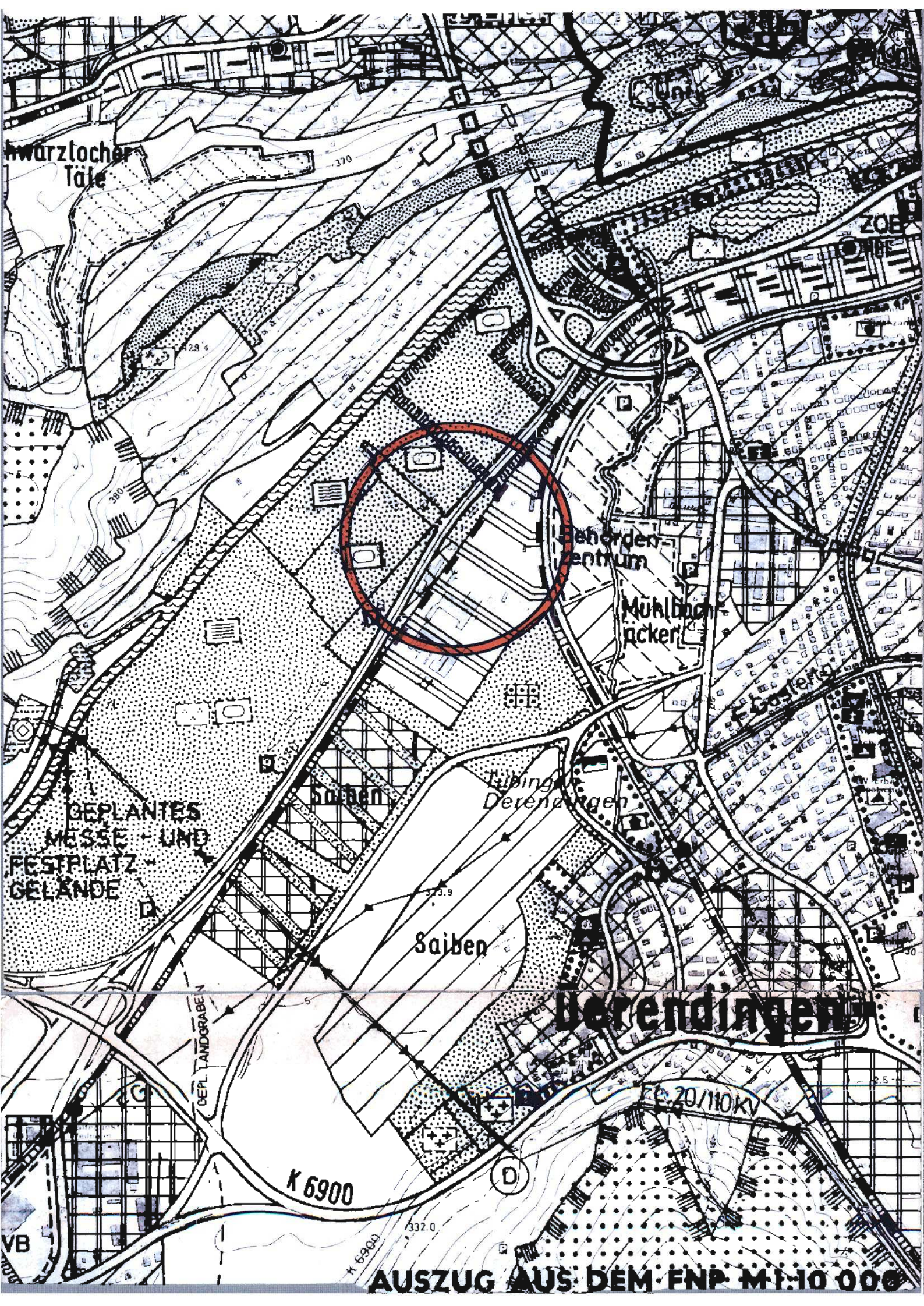
STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR



hwarzlocher
Tale

ZOE

Behörden-
zentrum

Mühlbacher

GEPLANTES
MESSE- UND
FESTPLATZ-
GELÄNDE

Saiben

Tübingen
Derendingen

Saiben

Berendingen

K 6900

20/110KV

VB

AUSZUG AUS DEM FNP M:10 000

Textliche Festsetzungen

A) Planungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG i.d. Fassung vom 18.8.1976 BGBl. I S. 2256) mit Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 6.7.1979 (BGBl. S. 949) in Verbindung mit den §§ 1-27 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1761) werden folgende textliche Festsetzungen getroffen:

1. Art der baulichen Nutzung

1.1 Mischgebiet

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 1 - 15 BauNVO)

Siehe Planeintrag!

1.2 Gewerbegebiet

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 1 - 15 BauNVO)

In Anwendung von § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, daß Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter allgemein zulässig sind.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 16 - 21a BauNVO)

~~Bei der Festlegung der Höhenentwicklung durch Geschöszahl und max. Gebäudehöhe (ab EFH) ist das jeweils niedere Maß maßgebend.~~

gestrichen laut Genehmigungserlaß
des Reg.Präs. vom 15.11.1983

3. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG und § 22 BauNVO)

Als Bauweisen werden festgesetzt:

1. "o": offene Bauweise
2. "b": abweichende Bauweise

offen, jedoch Gebäudelängen bis
max. 110 m zulässig.

4. Freizuhaltende Flächen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 10 BBauG und § 14 BauNVO)

In den festgesetzten, von der Bebauung freizuhaltenden Flächen sind Nebenanlagen als Gebäude unzulässig.

5. Sichtflächen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 10 BBauG)

Die für die Verkehrssicherheit ausgewiesenen Sichtflächen sind von jeglichen baulichen oder sonstigen sichtbehindernden Nutzung mit mehr als 0,70 m Höhe über Fahrbahnoberkante freizuhalten.

6. Immissionsschutz

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BBauG)

Zum Schutz des Baugebietes vor Verkehrslärm von der Europastraße (L 370) her werden im GE u. MI passive Lärmschutzmaßnahmen (durch entsprechende Grundrißgestaltung und Lärmschutzfenster) im Sinne von DIN 4109 "Ergänzende Bestimmungen" vorgeschrieben, so daß in Aufenthaltsräumen von Wohngebäuden ein Innenschallpegel von höchstens 35 dB (A) eingehalten wird.

7. Pflanzgebote, Pflanzenerhaltungsgebot

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG)

Die im Plan eingetragenen Pflanzgebote sind verbindlich. Als Ausnahme kann eine Verschiebung des Standortes um max. 5 m zugelassen werden.

B) Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Gemäß § 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 20.6.1972 (GBl. S. 352), zuletzt geändert am 12.2.1980 (GBl. S. 116) werden folgende Festsetzungen getroffen:

1. Fassade

Glänzende, reflektierende Materialien - ausgenommen Glas - sowie grelle Farben sind als Fassadenverkleidung bzw. -anstrich unzulässig.

2. Werbeanlagen

Auf den festgesetzten von der Bebauung freizuhaltenen Flächen sind Werbeanlagen zur Gewährleistung der Sicherheit des Verkehrs im Sinne von § 26 LBO unzulässig. Ausnahmen können im Gewerbegebiet für Tankstellen zugelassen werden.

Im übrigen Bereich sind nur Werbeanlagen an der Stätte der Leistung bis max. 2,0 qm unterhalb der Traufe zulässig.

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am **6.9.1982** in öffentlicher Sitzung beschlossen und am **27.9.1982** öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 a Abs. (1) BBauG erfolgte am **7.10.1983** und in der Zeit vom **8.10. -** bis **22.10.1983**.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **9.5.1983** den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2 a Abs. (6) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom **24.5.1983** bis **24.6.1983** beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am **12.9.1983** als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BBauG mit Erlaß des Reg.Präs. Tübingen vom **15.11.1983** /Nr.13-42/412.1-1087/83 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BBauG am **6.12.1983** ortsüblich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.



GENEHMIGT UNTER AUFLAGEN
MIT VERFÜGUNG VOM 15.11.1983
NR. 43-42/412.1-1087/83
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
TÜBINGEN, DEN 15.11.1983

E. J. J. J. J.

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.